

Die Halle monatlich bei zweimonatlicher Aufstellung 7.50 Mark, vierteljährlich 22.50 Mk., durch die Post 22.50 Mk. einschließlich Postgebühren. Bestellungen werden von allen Reichspostämtern angenommen. Im amtlich, Zeitungsergebnis unter Social-Zeitung eingetragen. Für unvollständig eingegangene Nummern wird keine Gewähr übernommen. Todesnachricht nur mit der Quellenangabe, Social-Zeitung gestattet. Preis der Geschäftsstelle, Halle, 1140, der Anzeigen-Abt., Nr. 1418 u. 7411, der Bezugs-Abt., Nr. 11334.

# Volks-Zeitung

Vierundfünfzigster Jahrgang.

Die 8 spalten 24 mm breite Millimeterzeile über einen Raum 60 Pf., Familienanzeigen 40 Pf., Resten die 92 mm breite Millimeterzeile 2.50 Mark. Anzeigen nehmen an unsere Geschäftsstellen u. sämtliche Anzeigengeschäfte. Erklärungsart: 6 alle. Erhalten täglich 2 mal, Sonntags und Montags 1 mal. Schriftleitung und Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Neue Promenade 15, Dr. Krausausstr. 17. Neben-Geschäftsstellen: Große Ulrichstraße 22 und Markt 24. Postfach-Konto Leipzig Nr. 4609

Nr. 363.

Halle, Freitag, den 6. August 1920.

Einzelpreis 20 Pfg.

## Annahme des Entwaffnungsgesetzes.

Fortsetzung der Aussprache über die Arbeitslosigkeit und Erwerbslosenfürsorge — Vertagung des Reichstages auf unbestimmte Zeit.

### Die Absage der Londoner Konferenz.

Die englische Regierung hat den Häuptern der Bolschewisten zu verstehen gegeben, daß die Internationale Konferenz in London nicht abgehalten werden könne. Ob sich die Staatsmänner in Whitehall ungeheurer Klug vorgekommen sein mögen, als sie durch Heuter diese Nachricht verbreiten ließen? Einige Erinnerungen sind nicht ganz unzeitgemäß. Es war vor wenigen Wochen, als Lord George in herrlicher Weise in Moskau lagen ließ, es solle mit Polen zunächst ein Waffenstillstand vereinbart werden. Die Antwort, die Tschitschewin gab, war nicht weniger als unermüdlich. Millerand nannte sie in der französischen Kammer nicht nur unverschämte, er fügte auch hinzu, daß die Verbündeten Warschau zu Hilfe kommen würden, sobald die bolschewistischen Truppen die polnische Grenze überschritten. Tschitschewin übernahm es, zunächst das diplomatische Zweiggespräch mit London fortzusetzen, während gleichzeitig die roten Heere auf allen Fronten in Polen einrückten. London zeigte sich durchaus nicht aufgeregt, begnügte sich vielmehr damit, die Sowjet-Regierung ausdrücklich zur Konferenz einzuladen. Das war eine Anerkennung in Waisch und Wogen, die in Paris wie ein Schlag ins Kontor wirkte. Einige Tage später es also, als ob in London tatsächlich der große Friedensschluß vollzogen würde, was aus mannigfachen Gründen das politische Ausland Englands noch um einige Grade heutzutage. Allein die „Times“ machten schon am Sonnabend darauf aufmerksam, daß Tschitschewin es nicht einmal für nötig befunden habe, die Note Lord Georges über die Londoner Konferenz zu beantworten. Die „Times“ setzten den Feldzug gegen die Sowjet-Republik am Montag fort. Weiß Krassin und Kamenew unbekümmert nach London gereist waren, sah das Eingebild das baufällige Gebäude der europäischen Verbandspolitik an allen Ecken und Enden wanken. Auch über den Kanal kamen scharfe Ausfälle, wobei ausdrücklich als Ursache die Annäherung Kamenews und Krassins bezeichnet wurde. Die Erregung der „Times“ wird wohl noch zugenommen haben, seitdem ihnen die Bedingungen Moskaus bekannt geworden sind. Die Sowjet-Regierung will nicht Verhandlungen über den Waffenstillstand, sondern auch solche über den Frieden beginnen und zwar sofort, ohne erst die unumstößliche Aufmachung der Londoner Konferenz abzuwarten. Was blieb Lord George anderes übrig, als nach Moskau mitzuteilen, daß die Konferenz nicht abgehalten werde. Bolschewiki, Moskau hat die Einladung Lord Georges weder bestritten noch angenommen. Trotzdem ist London höflich genug, den Bolschewisten mitzuteilen, daß sie nicht zu kommen brauchen. Nicht ohne Interesse werden nun die weiteren Weiserlebnisse Krassins und Kamenews sein. Kamenew hat feierlichst an den Waffenstillstandsverhandlungen mit Deutschland, sowie an denen über ein Frieden in West teigekommen. Er gilt als ein gewandter Aufwiegler, worauf besonders der „Temp“ vornehm hinweist. Und die „Times“ wenden sogar am Montag einen ganzen Leitartikel daran, um die Wünsche der britischen Kommunisten als solche zu kennzeichnen. Wenn Krassin und Kamenew abreisen müssen, ohne über die Aufnahme der Wirtschaftsbeziehungen verhandelt zu haben, so ist auch das nicht einmal eine starke Besse Englands. Mit diesen Gesten ist es überhaupt so eine eigene Sache. Wer vor 14 Tagen Millerand hörte, mußte überzeugt sein, daß dem Einmarsch in Polen die Kriegserklärung zum Besten folgen würde. Millerand hat keine Kriegserklärung erlassen, Lord George auch nicht. Und beide Staatsmänner müssen zusehen, ohne es hindern zu können, daß die Russen auf Warschau marschieren. Offenbar verfügt der Verband nicht über die militärischen Mittel, um Polen wirksam Hilfe leisten zu können. Wenn die polnische See nicht zurückfluten, genügen französische und englische Militärmissionen in Warschau nicht, die Front wiederherzustellen. Die Polen haben nun erklärt, daß sie aus tatsächlichen Gründen bis zum 4. August nicht nach Warschau gehen können. So werden die Bolschewisten warten müssen, bis die Polen sich melden. Über der Vormarsch auf Warschau wird dann immer näher an das Ziel heranrücken. So gleich der Osten Europas ein ungeheurer schwarzer Tor, dessen Klüfte jederzeit aufspringen können, um das Schicksal heranzulassen. Noch sind die

Bedingungen der Sowjet-Regierung unbekannt. Das darüber mitgeteilt wird, ist mit Vorsicht zu genießen. Das diplomatische Spiel Moskaus zeigt, daß es Überlegungen liebt. Aber es rednet immerhin auch mit gegebenen Tatsachen. Und dazu gehört, daß Polen in der Form, in der es in Versailles geschaffen wurde, in Osteuropa ein unerträgliches Hindernis für jede Entwicklung ist. Nicht Sowjet-Rußland die schwarzen Tore aufstoßen, die es in Westeuropa abschließen, so muß Polen in eine grundsätzlich andere Politik zu den unmittelbaren Nachbarstaaten einwilligen.

### Deutscher Reichstag.

19. Sitzung. Donnerstag, 5. August, 10 Uhr vormittags. Auf der Tagesordnung steht zunächst die dritte Beratung des Gesetzesentwurfes über

#### die Entwaffnung der Bevölkerung.

Das Haus ist zu Beginn der Sitzung nur schwach besetzt. Abg. Dr. Rosenfeld (U.S.) legt noch einmal den abzulehnen Standpunkt seiner Partei dar und weist darauf hin, daß die deutsche Arbeiterschaft unter keinen Umständen dulden werde, daß Ententetruppen zum Kampf gegen die Sowjetregierung durch Deutschland hindurchgeführt werden. Die Unaufmerksamkeit des Hauses ist so groß, daß der Präsident wiederholt zur Ruhe mahnen muß. Außenminister Dr. Simons: Der Friedensvertrag und das Abkommen von Spa verpflichten uns direkt, ein solches Gesetz vorzulegen. Der Reichskommissar ist kein Diktator, er unterwirft ebenso der Kontrolle des Reichstages wie die Regierung. Andere Neutralität darf keinesfalls verletzt werden. Befehles aber unbefehltes Gebiet, es heißt deutsches Gebiet und darf unter keinen Umständen zur Operationsbasis für eine der beiden kriegführenden Parteien werden. Mit dem Geschäftsträger der französischen Republik hätte ich gestern eine sehr ernste Unterredung über die Frage der Flaggensfrage. Die Situation ist zwar gespannt, aber es wird alles geschehen, um eine Entspannung herbeizuführen. Ich bitte auch, alles zu vermeiden, was die Lage verschärfen kann. Abg. Stellung (Soz.): Das Gesetz ist notwendig. Wir können nicht die Verantwortung dafür übernehmen, daß durch ein Scheitern des Gesetzes die Verhandlungen von Spa wieder in Frage gestellt werden. Abg. Frau Jellin (Komm.) lehnt die Vorlage als Ausnahme-gesetz gegen die Arbeiter ab. Abg. Veit (Bayr. Sp.): Injere Bedenken haben sich im Laufe der Verhandlungen noch verhärtet. Wir lehnen das Gesetz ab. Abg. Burloge (Ztr.) behauptet diese Erklärung und spricht seine Befriedigung aus, daß jetzt noch eine breitere Basis für die Annahme der Vorlage vorhanden sei. Minister Koch erklärt, daß eine Organisation nicht im Einklang mit den Abmachungen von Spa ist und von der Regierung nicht anerkannt werden. Zu § 1 wird ein Zusatz angenommen, wonach von der Waffenablieferung nur die Reichswehr und die zu Ausbildung ihres Berufs mit Waffen versehene Beamtenkategorie freistillt. Die Bestimmung des § 2, nach der der Reichskommissar festsetzt, welche militärischen und politischen Organisationen von der Abrüstungspflicht befreit sind, wird abgelehnt. Gemäß § 3 bekommt der Reichskommissar einen vom Reichstag genehmigten Beirat von 15 Personen. Der gelächliche § 9 über die Befugnisse des Reichskommissars wird in der Fassung angenommen, daß er Bestimmungen über Quartierleistungen und Naturalleistungen für die Sicherheitspolizei und andere von ihm herangezogene Hilfskräfte zu erlassen hat. Das Recht des Reichskommissars, die Abgabe eines stattdessen Verfassung zu erlangen, wird ebenfalls wiederhergestellt. Nach Beendigung der Einzelberatung erklärt von Gallwitz (Dn.), daß die Mehrheit seiner Freunde für die Vorlage stimmen werde, weil sie im Sinne der Abmachungen von Spa liegt und zur Ruhe und Ordnung beitragen würde. Ein Teil der Deutschnationalen lehne das Gesetz ab, nicht weil sie gegen die Entwaffnung seien, sondern weil die Gewähr einer gerechten Ausführung des Gesetzes zu gering gehalten wird. In der Gesamtabstimmung wird das Gesetz mit sehr großer Mehrheit gegen die Unabhängigen, die Banerische Volkspartei und einzelne Deutschnationalen angenommen. Darauf wird die Aussprache über die sozialdemokratische Interpellation betreffend

#### die Arbeitslosigkeit

und über den Antrag der Unabhängigen über Erwerbslosenfürsorge fortgesetzt. Abg. Ande (Ztr.) richtet im Gegensatz zum Arbeitsminister, daß die Kräfte lange dauern wird, pflichtet aber vollkommen seinem Appell an die Unternehmer bei, die sich jetzt mehr als je ihrer nationalen Pflicht bewußt sein sollten und keinen Arbeiter ohne zwingende Not entlassen dürften. Abg. Lambach (Dn.): Der Mangel an Brenn- und ausläufigen Rohstoffen ist der Grund der Arbeitslosigkeit. Durch die Schwankungen der Wälsung sind alle wirtschaftlichen Grundlagen erdbebenartig erschüttert. Wir sind in einem Arbeitsmangel-Boll geworden gegenüber der Arbeit-gesellschaft der Entente. Um die deutsche Arbeit nicht zu schädigen, wird man mit Einfuhrbeschränkungen für ausländische Fertigfabrikate vorwärts gehen müssen. Arbeitsminister Brauns: Das Realeinkommen des ganzen deutschen Volkes ist gesunken. Das ändert aber nichts daran, daß sich die Arbeiter relativ besser heuten als viele andere Volkstreffte, z. B. die meisten Beamten und Arbeiter. Eine Gleichstellung der Frauen mit den Männern ist bezüglich der Arbeitslosenunterstützung nicht erforderlich, weil in der Tat nach statistischen Feststellungen der Nachschub der Frau im Durchschnitt geringer ist als der des Mannes. Den Wünschen der Linken bezüglich der Kurzarbeiter wollen wir durch eine anteilige Zumeisung des Unterhaltungsabzuges entgegenkommen. Die deutsche Rohlenwirtschaft soll planmäßig geregelt werden. bezüglich der Sozialifizierung stehen wir auf dem Boden der Beschäftigung des Reichswirtschaftsrates vom 24. Juli. Abg. Wolfenheuer (D. Sp.): In dem Antrage der Unabhängigen sind Gesichtspunkte enthalten, über die sich diskutieren läßt. Jedenfalls sind wir dagegen, daß die Arbeitslosenunterstützung wahllos gewährt werde. Die Arbeitslosenunterstützung darf schließlich nicht zu einer Ausbeutung durch die Arbeiter selbst werden. Abg. Gerlesing (Dem.): Bei der Arbeitslosenunterstützung würde der Staat sein unmittelbares Recht in Naturalien geben, es werden nicht. In den Augen des Arbeit-nachweises darf man nicht aufzu große Forderungen setzen. Wir hoffen, daß der Sozialpolitische Ausschuss für die Arbeitslosenunterstützung brauchbare Richtlinien aufstellen wird. Abg. Taub (Bayr. Vpt.) tritt insbesondere für das Handwerk ein, dem aus den Reichsbeiträgen mangelnde unliebsame Wettbewerb erwachsen. Der Arbeitslosigkeit müßte man Herr zu werden versuchen, sonst sei eine wirtschaftliche Katastrophe unausweichlich. Abg. Kaiser (Soz.): Die Aufschörungen des Ministers beruhigen. Der Redner wendet sich dann den Angriffen über den Arbeitsmangel zu. In der verfristeten Arbeitszeit läge die Gewähr für die Steigerung der Arbeitsintensität, durch die Verlängerung der Arbeitszeit würde nur das Meer der Arbeitslosen vermehrt. Die Hauptfrage ist die Beschäftigung der Arbeit, denn jede Frau, die die Arbeitslosigkeit verhilft, ist unrettbar verloren. Abg. Frau Jellin (Komm.) tritt für die Gleichstellung der Frauen mit den Männern in der Höhe der Unterhaltungsabzuges ein. Abg. Wathann (U.S.): Der Motor des wirtschaftlichen Lebens ist nicht der Kapitalismus, sondern die Volkstakt. Die kapitalistische Wirtschaft ist unfähig, den eigenen Volksbedarf zu decken. Arbeitsminister Brauns: Das Reich wird 35 Millionen Mark für die Arbeitslosen während der nächsten sechs Monate stellen, die Angehörige zu versorgen haben. Diese 35 Millionen werden in einzelnen Rändern zur Verteilung über-mitteln, in der Voraussetzung, daß auch ein eigener Zu-schuss emäandern, so daß man im ganzen zu einem Fonds von 60 Millionen kommt. Ein Schlußantrag wird angenommen. Der Antrag der Unabhängigen wird dem Volkswirtschaftsausschuss überwiesen. Präsident Voche erbittet und erhält die Ermächtigung, den Tag und die Tagesordnung der nächsten Sitzung selber zu bestimmen. Er hofft, daß die Ergebnisse jenseits der Grenze, die Beratungen in Genf und die inneren Verhältnisse es nicht nötig machen werden, den Reichstag früher einzuberufen, als in normalen Zeiten üblich sei. Er wünscht den Mitstreibern eine gute Erholung. Schluß 4 1/2 Uhr.

und keinen Arbeiter ohne zwingende Not entlassen dürften. Abg. Lambach (Dn.): Der Mangel an Brenn- und ausläufigen Rohstoffen ist der Grund der Arbeitslosigkeit. Durch die Schwankungen der Wälsung sind alle wirtschaftlichen Grundlagen erdbebenartig erschüttert. Wir sind in einem Arbeitsmangel-Boll geworden gegenüber der Arbeit-gesellschaft der Entente. Um die deutsche Arbeit nicht zu schädigen, wird man mit Einfuhrbeschränkungen für ausländische Fertigfabrikate vorwärts gehen müssen.

Arbeitsminister Brauns: Das Realeinkommen des ganzen deutschen Volkes ist gesunken. Das ändert aber nichts daran, daß sich die Arbeiter relativ besser heuten als viele andere Volkstreffte, z. B. die meisten Beamten und Arbeiter. Eine Gleichstellung der Frauen mit den Männern ist bezüglich der Arbeitslosenunterstützung nicht erforderlich, weil in der Tat nach statistischen Feststellungen der Nachschub der Frau im Durchschnitt geringer ist als der des Mannes. Den Wünschen der Linken bezüglich der Kurzarbeiter wollen wir durch eine anteilige Zumeisung des Unterhaltungsabzuges entgegenkommen. Die deutsche Rohlenwirtschaft soll planmäßig geregelt werden. bezüglich der Sozialifizierung stehen wir auf dem Boden der Beschäftigung des Reichswirtschaftsrates vom 24. Juli.

Abg. Wolfenheuer (D. Sp.): In dem Antrage der Unabhängigen sind Gesichtspunkte enthalten, über die sich diskutieren läßt. Jedenfalls sind wir dagegen, daß die Arbeitslosenunterstützung wahllos gewährt werde. Die Arbeitslosenunterstützung darf schließlich nicht zu einer Ausbeutung durch die Arbeiter selbst werden.

Abg. Gerlesing (Dem.): Bei der Arbeitslosenunterstützung würde der Staat sein unmittelbares Recht in Naturalien geben, es werden nicht. In den Augen des Arbeit-nachweises darf man nicht aufzu große Forderungen setzen. Wir hoffen, daß der Sozialpolitische Ausschuss für die Arbeitslosenunterstützung brauchbare Richtlinien aufstellen wird.

Abg. Taub (Bayr. Vpt.) tritt insbesondere für das Handwerk ein, dem aus den Reichsbeiträgen mangelnde unliebsame Wettbewerb erwachsen. Der Arbeitslosigkeit müßte man Herr zu werden versuchen, sonst sei eine wirtschaftliche Katastrophe unausweichlich.

Abg. Kaiser (Soz.): Die Aufschörungen des Ministers beruhigen. Der Redner wendet sich dann den Angriffen über den Arbeitsmangel zu. In der verfristeten Arbeitszeit läge die Gewähr für die Steigerung der Arbeitsintensität, durch die Verlängerung der Arbeitszeit würde nur das Meer der Arbeitslosen vermehrt. Die Hauptfrage ist die Beschäftigung der Arbeit, denn jede Frau, die die Arbeitslosigkeit verhilft, ist unrettbar verloren.

Abg. Frau Jellin (Komm.) tritt für die Gleichstellung der Frauen mit den Männern in der Höhe der Unterhaltungsabzuges ein. Abg. Wathann (U.S.): Der Motor des wirtschaftlichen Lebens ist nicht der Kapitalismus, sondern die Volkstakt. Die kapitalistische Wirtschaft ist unfähig, den eigenen Volksbedarf zu decken.

Arbeitsminister Brauns: Das Reich wird 35 Millionen Mark für die Arbeitslosen während der nächsten sechs Monate stellen, die Angehörige zu versorgen haben. Diese 35 Millionen werden in einzelnen Rändern zur Verteilung über-mitteln, in der Voraussetzung, daß auch ein eigener Zu-schuss emäandern, so daß man im ganzen zu einem Fonds von 60 Millionen kommt. Ein Schlußantrag wird angenommen. Der Antrag der Unabhängigen wird dem Volkswirtschaftsausschuss überwiesen. Präsident Voche erbittet und erhält die Ermächtigung, den Tag und die Tagesordnung der nächsten Sitzung selber zu bestimmen. Er hofft, daß die Ergebnisse jenseits der Grenze, die Beratungen in Genf und die inneren Verhältnisse es nicht nötig machen werden, den Reichstag früher einzuberufen, als in normalen Zeiten üblich sei. Er wünscht den Mitstreibern eine gute Erholung. Schluß 4 1/2 Uhr.

### Wiederaufnahme der Arbeit in Jütland.

Dresden, 5. August. Aus der Staatskanzlei wird mitgeteilt: In Jütland hat die Arbeiterkraft nach Verhandlungen mit dem von der Regierung ernannten Regierungskommissar beschlossen, heute die Arbeit wieder aufzunehmen. Der Beginn der Arbeitsaufnahme richtet sich nur danach, wann die Stromlieferung des Kraftwerkes Striksted wieder einlehen kann. Über den Bezirk Odösu ist der Ausnahmezustand bereits aufgehoben worden.

Jütland, 5. August. Vom Kommando der eingerückten Truppen wurden heute mittig in einer Redeordnung der Vertretern der Kreise folgende Angaben über die Lage gemacht: Mit der Führung der Truppen, sowohl der Reichswehr wie der Sicherheitspolizei, ist Generalmajor Müller, Kommandeur der Reichswehrbrigade 12, betraut worden. Zusammenkünfte sind bisher nirgends vorgenommen, nur einzelne Personen sind verhaftet worden. Schutzpatrolle sind bisher nicht erlassen worden, darüber entscheidet im Bedarfsfalle der Regierungskommissar.

**Zittau, 5. Aug.** In den gestrigen Verhandlungen wurde von Regierungseite die möglichst baldige Aufhebung des Belagerungszustandes in Aussicht gestellt, ferner wurde zugesagt, daß die Besatzwehr aus Zittau zurückgezogen und die Kasernen sobald wie möglich freizugeben würden. Die Sicherheitspolizei wird in Zittau bleiben.

## Die Regelung des internationalen Transitverkehrs.

**San Sebastian, 3. Aug.** Wie gestern von der „Dena“ gemeldet, hat der Völkerverbund den Beschluß gefaßt, der Generalkonferenz der Völkerbundes die Bildung einer internationalen Transit-Kommission vorzuschlagen. Diese Kommission, die aus technischen Sachverständigen und Vertretern aller zum Bunde gehörigen Nationen zusammengefaßt werden soll, hat die Aufgabe, ein internationales Statut für den Durchgangsverkehr auf Eisenbahnen und Binnenflüssen zu entwerfen, das verhindern soll, daß der Zwang, ein bestimmtes Gebiet durchfahren zu müssen, zum Schaden irgend eines Volkes ausgebeutet werden kann. Die Kommission soll ferner die Frage der Zollorganisation an den Grenzen behandeln, da man danach strebt, die immer noch zu zahlreichen verzerrlichen Zollmaßnahmen auf ein Minimum herabzuführen. Der britische Delegierte schlägt vor, als Sitz der internationalen Transitkommission Barcelona zu bestimmen, wo denn auch im Januar kommenden Jahres die Kommission zusammenzutreten wird. Es liegen gute Gründe zur Annahme vor, daß die Mittelmächte und Bulgarien zur Teilnahme an den Beratungen der Transitkommission mindestens mit beratender Stimme hinzugezogen werden sollen.

## Befangenen austausch zwischen Deutschland und Polen.

**Berlin, 5. August.** Die seit langer Zeit zwischen dem Auswärtigen Amt und dem polnischen Generalkommando in Polen stehenden Verhandlungen über den Austausch deutscher, im sogenannten Kernverze in Polen befindlicher Gefangenen gegen polnische Gefangene in Deutschland haben nunmehr zu dem Ergebnis geführt, daß am 4. August in Stettin 15 der in Polen internierten Deutschen gegen 15 in Frankfurt a. O. internierten Polen ausgetauscht wurden. Sie wurden von einem Vertreter des Auswärtigen Amtes begrüßt.

## Die Kontrolle der Transportszüge durch die Eisenbahnen.

**Frankfurt a. M., 4. Aug.** Nach dem Beschluß der im Deutschen Eisenbahnverband organisierten Eisenbahnen des Direktionsbezirks Frankfurt a. M. findet von heute ab im gesamten Bezirk eine peinlich genaue Kontrolle aller Transportszüge statt. Der Bezirksbetriebsrat der Eisenbahndirektion Frankfurt ist dahin vorläufig genehmigt, daß ihm das zuständige Dezernat über alle ankommenden Transporte, die nicht nach dem Fernverkehrsvertrag abfertigt durchgelassen werden müssen, Meldung gibt, mit dem Hinweis, daß in allen Direktionsbezirken Kontrollkommissionen aus Eisenbahnergehilfen gebildet worden sind, die alle Durchgangstransporte streng kontrollieren. Müge, die nicht fahrplanmäßig fahren, können sofort beim Bahnbetriebsamt gemeldet werden. Die Eisenbahndirektion hat sich mit diesen Maßnahmen einverstanden erklärt.

## Die polnische Frage.

**Paris, 5. August.** Abernests hat erklärt, daß Lloyd George in Spa gegenüber dem polnischen Ministerpräsidenten Grabski eine andere Sprache geführt habe, als Bonar Law es im englischen Unterhause getan habe. Grabski habe in Spa die schriftliche Erklärung erhalten, daß Großbritannien den Polen helfen werde, damit seine Existenz innerhalb der Polen aufgewungenen Grenzen gesichert werden würde. Abernests fragt, wer hilft uns in diesem Augenblick, ich kann sagen, nur Frankreich.

**London, 4. August.** Krasin, Kamenev und die anderen Mitglieder der russischen Sowjetdelegation hatten heute nachmittags eine Besprechung mit Bonar Law. Die Besprechungen bezogen sich ausschließlich auf die Fort-

## Vom Sammeln.

**Von Hertha v. Wehbart-Triepel.**  
Es gibt gewiß auf dieser Welt nichts, was nicht schon einer zum Gegenstand seiner Sammelbegier gemacht hätte; wenn man doch von Steinen, die Dachziegel oder abgebrochene Nägel und Eisenklammern gesammelt haben. Auch braucht man nur einmal zur Probe die Postkarten eines Quaintanten umzuwenden, wenn man sich helfen lassen will, was alles zu sammeln notwendig, nützlich und interessant sein kann: Bindfäden, tote Frösche, kleine Briefmarken, Regenwürmer, Riesenspinner, Bliesfliegen und was der Welt daneben mehr sind.  
Selbst dieses in concreto schwer zu entwirrende Sammelvergnügen zerfällt vor der kritischen Betrachtung in zwei heutzutage verschiedene Teile. Zur einen Hälfte gehören alle Dinge, die einer aus zufälligen oder vermeintlichen Glückseligkeitsgründen anhäuft, zur anderen jene, die die eigentlichen Sammelneruener aufheben, ohne den leiblichen Nebenobjekten an das Zweckmäßige oder Unzweckmäßige ihres Tuns. (Wie denn das Sammeln von Regenwürmern keiner Mutter als durchaus nützlich erdienen wird.)  
Um bei den Beispielen aus dem Kinderleben zu bleiben — denn nichts spiegelt wir Großen um so getreuer als darin —, auch jener arme, berühmte gewordene Knabe, der Steinhäuten aufwas und damit den Grund zu seinem späteren Reichthum legte, war kein Sammler im eigentlichen Sinne; denn er sammelte ja mit dem für ein Kind fast erschütternden Ansehen, bedachtum vorgefaßten Plane, sich durch seinen kleinen Schatz ein in seinen Augen nemlich unermessliche Summe zu verdienen. Ebenmäßig ist der Geizhals, der Gold und Silbner aufspeichert und sich nicht die kleinste Annehmlichkeit des Lebens dafür gönnt, ein Sammler zu nennen, da ja auch bei ihm gewiß die vielfach ganz unbewußte Furcht vor der Zukunft im Hintergrunde steht und der Gedanke: Was ich habe, möchte mir einmal nützlich kommen, etwas Ungeheuerliches, völlig Unvorhergesehenes einzutreten — es ist mein Notspennig, die ich zurückerlöse. Zu diesen unechten Sammler rechnen denn auch alle jene, die Gegenständen von allgemeinem oder Liebhaber-Werte nachjagen, nicht so sehr aus eigenem Interesse, als mit dem

Leidenschaft des hochschwelligen Vorwärtzes gegen Polen trotz der Eröffnung der Waffenstillstandsverhandlungen.  
**Warschau, 5. August.** Im polnischen Seeresbericht vom 4. August heißt es: An der deutschen Grenze hat der Feind keine Defest; bei Ostrowa wurden die Anstöße abgewiesen. Weiter östlich fanden bei Ostrowa fortgesetzte Kämpfe mit dem bis Genscha polnischen Feinde statt. Im Bereich von Breslau haben die Polen alle bolschewistischen Verbände den Rückzug überzweigt abgewiesen. Zwischen Breslau-Ostrowa und Luck polnische Angruppierung unserer Truppen. Nach einer Reihe heftiger Kämpfe wurde Brody von den Polen wieder gewonnen. Im Bereiche von Radomskow weitere Kämpfe mit dem Feind. Die Polen haben die Wludina erobert und den Feind hier endgültig über den Gerecht zurückgedrängt.

## Lloyd George gegen den polnischen Imperialismus.

**Warschau, 4. August.** Interessante Einzelheiten über die Stellungnahme Englands und Frankreichs zu der Eröffnung einer Botschaft Polens in London und Paris glaubt der Pariser Korrespondent der „Ara“ in Warschau seinem Blatt drabzen zu können. Danach soll Lloyd George in einer längeren Unterredung mit Willard und Berthelot in Spa geäußert haben: „Die Meinung ist falsch, daß ich ein Gegner Polens und des Polentums bin, ich bin nur ein Gegner eines Großpolens.“ Diese kurze Formel erklärt die Sandungen der englischen Regierung. Darauf sei es auch begrifflich, daß England immer Protest einlegt, wenn es sich um eine Expansion des Polentums nach Westen und Osten, dem Weere zu, handelt, also nach Schlesien, Ostgalizien und Danzig. Frankreich habe andererseits immer noch das eine Ziel vor Augen, einen Ersatz für Rußland zu schaffen, d. h. die Konkolition eines recht großen Polens mit einer mächtigen, zum Kampfe gegen Deutschland fähigen Armee. Lloyd George dagegen meint, Polen dürfe kein solches Element im Osten Europas werden. Es dürfe nur ein polnischer Stützpunkt sein. Die letzten Ereignisse an der Ostfront beweisen, daß es für eine solche Anstalt sei. Ein Beweis hierfür, so meint der Korrespondent, sei die Tatsache, daß unter dem Einfluß Englands Frankreich auf sein Projekt der Eröffnung der Botschaft in Warschau durch eine Botschaft verzichtet habe. Des weiteren sei Lloyd George ein Anhänger der Fortbildung des Osten Europas, wie er gleichermassen ein Gegner des Wiederaufbaus eines großen Rußlands ist. Hieraus ginge auch die Sympathie für Litauen, Estland und Fland, ja sogar für Weisßrussland hervor.

In diese angeblichen Aeußerungen Lloyd Georges knüpft der Korrespondent einige Betrachtungen. Er kommt zu dem Schluß, daß das polnische Mißgeschick und seine Folgen England die langermärte Gelegenheit gegeben habe, die Initiative im Osten zu ergreifen. Die Politik des Ostens trete in diesem Moment in die englische Bahn, während es Frankreich bei der gegebenen Konjunktur sehr schwer sei, aktiv hervorzutreten. Hätte Frankreich Kräfte und Mittel, so würde es unzweifelhaft Polen mit Waffen zu Hilfe eilen, um einen elenden Frieden zu verhindern. Die Umstände jedoch zwingen es zu einer Nebenrolle neben England.

## Konferenz der russischen Randstaaten.

**Amsterd., 4. Aug. (Ret. Telegr. Büro.)** Am 3. August in Amsterd. eine Konferenz der russischen Randstaaten. Die russischen Friedensverhandlungen nähern sich ihrem Abschluß. Es werden täglich Benachrichtigungen abgefaßt und nur noch für wirtschaftliche Fragen ist eine Lösung zu finden. Man hofft die Verhandlungen in einigen Tagen abzuschließen zu können.

## Shaw über seine Eindrücke in Rußland.

(Drahtbericht des Sonderberichterstatters der „Dena“).  
**Genf, 4. Aug.** Der Vorsteher des Genfer Sozialistkongresses, der englische Gewerkschaftsführer Shaw, der bekanntlich auch an der Reise der Wöbordnung der englischen Arbeiterpartei nach Rußland teilnahm, äußerte sich dem Sonderberichterstatter der „Dena“ gegenüber über seine russischen Eindrücke wie folgt:  
„Die Stimmung der russischen Bevölkerung in Stadt und Land ist höchstens gegen jede Intervention der Westleren zur Unterstützung Polens gerichtet, was um so be-

achtenswerter ist, da die Stadt- und Landbewohner, die ich zu sprechen Gelegenheit hatte, sich fast durchweg gegen das bolschewistische System aussprachen. In Rußland herrscht allgemein der Eindruck vor, daß die Warschauer Regierung in ihrer hochmilitärischen Stimmung den Angriff zweifellos unternommen habe, um Gebietsveränderungen in der Ukraine zu erhalten, da die ukrainische Regierung im Falle eines Sieges über den gemeinsamen Feind, den Bolschewismus, den Polen namhafte Anbiederungen versprochen habe, eine Ansicht, die übrigens auch von unterrichteter polnischer, sowie ukrainischer Seite vollst bestätigt wird. Von einer Diktatur des Proletariats ist in Wahrheit keine Rede, nur von einer Entvölkerung der Städte durch die Intelligenz und Bourgeoisie. Die Arbeiter sind unterernährt, sehr schlecht gekleidet und beschäftigt, aber sie füllen die Theater, in denen Vorstellungen ersten Ranges stattfinden, die auch Kindern zugänglich sind und allgemeinen einen sehr lebten Beschäftigung aufweisen. Die Geistlichkeit ist heute nichts anderes mehr als die Privatgesellschaft einer oder mehrerer Gemeindefamilien von Gläubigen. Die Massenerschließungen gehören im allgemeinen der Vergangenheit an. Die Beteiligung an den Sowjetwahlen wird jedoch von der Wahlkommission fast nur unter der Bedingung der Abgabe kommunistischer Stimmzettel zugelassen. Was das Wirtschaftssystem angeht, so erstrebt es die weitgehende wirtschaftliche Arbeitsteilung. Obwohl es kaum einen Zweig des Wirtschafts- und Berufslebens gibt, der nicht verstaatlicht ist, sind hier und da auch gewisse Ausnahmen zugelassen. Die Arbeiter der Betriebsräte ist praktisch heute völlig ausgeliefert. Im Westen und Gestaltssystem machen sich starke Mißstimmungen geltend, von denen merkwürdigerweise Künstler, wie Schauspieler, Sänger und Tänzer am meisten profitieren. Der berühmte Sänger Schostakowitsch, 33, von dem behauptet wurde, er sei von den Bolschewisten erschossen worden, den ich aber persönlich gesprochen habe, ist 40 000 Rubel im Monat. Die Gewerkschaftsorganisationen sind in starkem Dilettantismus. Um nur eins heranzuziehen, so gehören 3 B. die Universitätsprofessoren und die Schauertraktanten der Universität zwangsweise ein und derselben Gewerkschaft an. Eine Forderung der russischen Intelligenz ist wohl nur auf dem Wege einer neuen Revolution möglich. Ich habe aber den bestimmten Eindruck, daß die Bolschewisten auf die Weltrevolution verzichtet haben.“

## Lebensmittelunruhen, Wasser- und Lichtnot.

**Wien, 5. August.** Der Streik der Beamten und Arbeiter der Ueberlandzentrale Staats- und sowie der Betriebswerke Siemens dauert im vollen Umfange an, so daß ganz Vorkommern ohne Licht und Kraft ist. Der Ausschuss der Ueberlandzentrale hat in der bisherigen Verhandlungen die Gehalts- und Lohnforderungen, die angehts des günstigen Abchlusses bei der Generalerfassung gefordert wurden, abgelehnt. Die Bedoerte haben unter dem Streik sehr zu leiden. Die Forderungen können noch immer nicht erlösen. Die Arbeiter des Wasserwerks Siemens dürfen keinen Tag ohne Trinkwasser leben. Die Siemenswerke sind ohne Trinkwasser fast. Dagegen sind die Nachbarkommunen ohne Wasser. Im allgemeinen ist die Lage ruhig. Nur in Siemensmühle kam es gestern zu Lebensmittelunruhen, in dessen Verlauf die Demonstranten in die Kontoritorien eindrangen und Kunden zu niedrigeren Preisen veräußerten. Die Lebensmittelpreise haben sich nicht ereignet.

## Deutsches Reich.

Der Völkerverbund hat den Reichstages letzte den Antrag, monach der Reichstag wegen der politischen Lage sich weiter verhalten soll, ab. Das Haus wird sich bis Oktober vertagen. Sollten jedoch politische Ereignisse es erforderlich machen, so ist Vorlage getroffen, daß der Reichstag auch jederzeit wieder zusammenzutreten kann.

Der neue spanische Botschafter in Berlin. Wie verlautet, ist der bisherige spanische Gesandte in Buenos Aires, Celes Guardia zum spanischen Botschafter in Berlin ernannt worden.

Schriftleiterstreik. Das Redaktionspersonal des Berliner Tagesblattes in Radowitz ist wegen Gehaltsforderungen in den Ausstand getreten. Es handelt sich um die „Radowitz-Zeitung“ und „Berlinerische Morgenzeitung“ und das „Radowitz-Tageblatt“.

Vorbereiten, die bei günstiger Konjunktur mit Kriegen verbunden an andere zu veräußern, die tatsächlich von der allbekanntesten Leidenschaft ergriffen sind, welche der Volksmund mit dem begeisterten Namen Sammelgut belegt hat. So spekulieren vor allem Briefmarkensammler, Sammler von Edelsteinen und Sammler von Kunstwerken aller Art. Diese Spekulationslust kann zu solcher Höhe anwachsen, daß sie dem Spekulationsstriebe der waghalsigen Börsenriener der Tollkühnheit der Hazardspieler nahekommt, jedenfalls ihr psychologisch verwandt ist. Zugrunde liegt allem ja nur die krankhaft übertriebene Lust, hervorzuzucken und — zu gewinnen.

Die Leidenschaft des wirtlichen Sammlers ist hier von unendlich verzehrend. Der Sammler im rechten Sinne des Wortes ist ein glücklicher, ein dankbarer Mensch, aber auch ein sorgloser und glückseliger. Sammler ordnungs- und mächtig fast deutscher Lager, Symmetrie und Schönheitliebende Naturen. So ist die Sammlung von Spasierstöcken des alten Kaiser Wilhelm im Babelsberger Schloße gemiß nicht erst nach seinem Tode, sondern von ihm selber so peinlich in Reih und Glied aufgestellt worden, wie sie wenigstens vor kurzem dort zu sehen war. Kein echter Sammler wirkt unachtsam in Kästen und Fächern seine Schätze durcheinander und wußt dann und wann darwischen: er wird rubrizieren, nummerieren, katalogisieren, alles stillweg mit einer unbefriedigenden Wonne, und niemals damit zu Ende kommen. Dabei ist er kein Redant, sondern er hat viel eher Verwandtschaft mit der Natur des edlen Künstlers. Sein Streben ist Spießtrieb in dem schönsten Sinne, ein Schiller ist es. Sein Sammeln ist ihm Selbstzweck und bezagt höchstens für ihn persönlich die Erweiterung und Bereicherung seines Wesens. Nur mit dem Unterschiede, daß der Künstler geben will und als letzte Sehnsucht diese eine hegt: einmal ganz arm zu sein, alles aus sich emporgeschöpft zu haben, einmal nicht mehr geben zu müssen, während der Sammler empfangen will, luden, ewig suchen, bis er endlich alles gefunden, was zur Rundung und Vollendung seines Reichthums gehört.

Sein Sammeln wird um so weniger Liebhaberlei, sondern um so mehr Liebe vertragen, je edler der Gegenstand ist, den es wählt. Der Staat gibt in diesem Betreiben noran-

Seine Sammlungen in Museen, Galerien, Bibliotheken sind samt und sonders derartige Mittel zur Bildung und Bereicherung des Geistes und Wissens. Selbst das berühmte Knopf-Museum in Prag mag dazu rechnen, denn es birgt achsellose historische äußerst interessante und schön gearbeitete Stücke. Mein der einzelne Sammler steht nicht nach. Wir haben in Deutschland und allerorten private Gemälde oder Kupferstichsammlungen, private Bibliotheken, die in vielen Fällen, wenn nicht an Reichthum, so doch in der Ausereichenheit des Exemplars und der geschlossenen Durchsichtigkeit ihres Gesamtplanes die öffentlichen Sammlungen überreffen. Der Sammelvergnügen, der Käser, der Münzensammler, der, welcher mit Hade und Schweiß nach Verfeinerungen und seltsamen Erbschaften gräbt, sie finden ohne Zweifel in Museen und Ausstellungen der Anregung und Auffrischung die Fülle: einprägen mit allen Einzelheiten wird sich ihnen aber am tiefsten, was sie selber verworfen, vor allem selber entdeckt, mitunter mühsam genug sich erobert haben — genau wie dem Schüler zum letzten Bewußt sein die Masse vorgetragenen Lernstoffes wird, sondern jeder Bauerlein, den er aus sich selbst zum Bau des neuen Wissens herbeigeführt hat.

Es ist ein anderes Ding, sich mit Antiquitäten zu umegeben, auf ihrer vollenenden, uns heutigen unerreichten Form das Auge fähig ausstrahlen zu lassen an diesen Dingen, die Altertums- und Kunstwert vereinigen, Gesandam und Urteil zu bilden, als mit dem Katalog in der Hand die Gauleuchten eines Antikariums zum durchschauen. Das Sammeln von Briefmarken wird aus ähnlichen Gründen wie alle Sammlungen sozualen stofflicher Natur neben dem unanschaulichen ästhetischen Wert gewisser Stücke und Sätze einen Wert in sich selber. Auch das Sammeln von Spiegeln hat einen durchaus historischen und kunsthistorischen Hintergrund und ist, zumal auf personen- und familiengeschichtlichem Gebiete, interessant. Hierin gehören gleichfalls die zahlreichen schönen Sammlungen von „Erbisbildern“ — immerhin noch eine schönere Bildung als das torrette „Bücherzeichen“ —, so allem aber die Autographensammlungen, die fast jedes Forschungsgebiet bis zum neuesten, der wissenschaftlich-psychologischen Graphologie, wie für den einfach geniesenden Beschauer und Leser unermeßliche Werte bergen.

**Beendigung des hiesigen Anbarbeiterstreiks.** Die unter dem Vorhitz eines Vertreters des Reichswirtschaftsministeriums in Dresden geführten Verhandlungen zur Schaffung eines neuen Landarbeitersrechts haben zu einer Einigung beider Parteien über die Forderungen der erwachsenen männlichen und weiblichen Arbeiter geführt. Daraus haben die Vertreter der beteiligten Arbeiterorganisationen sich übernommen, die Arbeiter unverzüglich zur Wiederaufnahme der Arbeit anzuhalten. Ebenso haben die Vertreter der Arbeitgeber zugestimmt, dafür einzutreten, daß die Arbeiter nach der Wiedereinstellung unterbleiben.

**Arbeiter für den Abbau der Löhne.** Der Streik der Handels- und Transportarbeiter in Kiel hat mit einem Siege der Arbeitgeber geendet. Nach langen Verhandlungen willigten die Arbeitnehmer in einen Lohnabbau, der am 25. August beginnen soll. Kiel ist demnach die erste Stadt im Reich, die praktisch an den Abbau der Löhne gescheitert ist.

**Ein hartnäckiger Gewerkschaftstreik.** In den Daimlerwerken in Stuttgart ist ein Gewerkschaftstreik von Sparflüssen verdrängt worden. Drei neue Kraftwagen, die mit Schwelapparat beladen und für die Reichswehr bestimmt waren, wurden vollständig vernichtet. Die Arbeiter, die an dem Gewerkschaftstreik beteiligt waren, glauben, es handle sich um Lieferungen für Polen. Ein Ingenieur, der die Leute aufklären wollte, wurde mißhandelt. Der Schaden beläuft sich auf über eine Million Mark.

## Ausland.

### Der Tisza-Prozess.

**Wien, 4. Aug.** Im Tisza-Prozess erklärte Oberleutnant Sittner im Verlauf seiner Vernehmung, er habe sich von der Seite der ihm unbekanntem Unteroffizier Friedrichs auf dem Brief, der für die Ermordung Tiszas 100 000 Kr. auslegte, genau überzeugt. Bei einer der vorbereitenden Zusammenkünfte habe Friedrich gesagt: „Erleben Sie Herrn die Sache unter uns und sehen wir keine Bauern in die Angelegenheit.“ Als nächster wird der angelegte Führer Sittner festgestellt vermerkt. Auch seine Aussage ist schon belastend für Friedrich, der verabschiedete Major in ihn drang, den Wort zu verbleiben, den er ihm als ein großes Verdienst um die Nation darstellte. Bei dem nach seiner Befreiung mit ihm ausgenommenen Verhör habe er genannt Friedrich, der damals schon Ministerpräsident des sogenannten christlichen Regimes geworden war, nicht auszusagen gewagt.

Der „Arbeiter-Zeitung“ wird aus Budapest geschrieben, daß die Stimmung der Bevölkerung dort inmitten der vielen politischen Prozesse, immer neuen Verhaftungen, Hinrichtungen usw. aufs äußerste erregt sei. Man erwarte neue gewalttätige Ereignisse, namentlich auch im Zusammenhang mit dem Tisza-Prozess, durch den sich Friedrich und seine Parteigänger zu einem Streik veranlaßt fühlen könnten, auf den es die herrschende Aristokratie vielleicht ankommen lassen wolle, um endlich eine Klärung der Lage herbeizuführen.

### Der italienisch-äthiopische Friedensvertrag.

**Genova, 4. August.** Zwischen der Regierung von Albanien in Tirana und dem italienischen Beauftragten Grafen Marconi ist folgender Vertrag unterzeichnet worden: Italien verzichtet auf die Ansprüche in Äthiopien, die es nach dem Vertrag von Uccialini von 1889 geltend gemacht hat, und unterwirft Äthiopien, damit es bei den andern Mächten die gleiche Anerkennung erlangt. Italien will niemals erlauben, daß die äthiopische Regierung, insbesondere in Sidra, von irgendeiner Art in seiner Herrschaft des hiesigen Gebietes erlaubt. Italien die Insel Seleno und die Sandspitzen Linquetta und Transport der Rind von Seleno zu besetzen und zu besetzen.

Die Verhandlungen in Paris zwischen den Vertretern Italiens und Äthiopiens dauern fort. Wie Corriere della Sera berichtet, hält Italien an seiner Forderung des hiesigen Gebietes und unbedingten Verlustes von Abodos und Castellorosso fest.

## Halle und Umgegend.

Halle, den 6. August 1920.

### Eine Provinzial-Zentralstelle der Preisprüfungsstellen

Am Dienstag fand in Magdeburg eine Besprechung von Vertretern hiesiger Preisprüfungsstellen aus der Provinz. Man braucht dabei ja nicht, wie wir als Nachhilfe das taten, seinen Gehirg darin zu setzen, unter dem Bild jedes Schauplatzes und Statisten einer Provinzialinspektion in Wallensteinstraße oder in der Straße nach dem genial hingepirichten Namenszug der Welt zu setzen.

Sie komme damit wieder zu den schon anfangs gestreiften Kuriosa unter den Sammlungen. Eine Sammlung, die sich zur Aufgabe machte, die Persönlichkeiten solcher Sammler und die Gegenstände ihrer Leidenschaft zu sammeln, wäre ein Kuriosum für sich und eine gewisse löhrende Sache. Die Anstandslosigkeiten sind noch harmlos; sie leisten nur der Geschmacklosigkeit Vorschub. Straßenbahnfahrtscheine zu Tausenden zu verzeichnen, ohne die Mühselig, sie später etwa zum Verkauf von Negativbildern zu verwenden, hat doch höchstens augenblicklich einen gewissen zweifelhaften Reiz, da sie am besten die stetig wachsende Verwertung dieses Verfallsmittels und zugleich das Steigen der Papierpreise veranschaulichen.

Aber da gibt es Sammler von Weltanschauungen, von Agarenkammeln und -hirschen, von Etrennen, Gezirren, Haarlocken, leeren Steichschloßschloß, und man fragt sich, ob an derlei Sonderlingen nicht lauter - Kumpenjammer verloren gegangen sind. Der Weltkrieg, der Kuriose und minder Kuriose Zustände heraufbeschwor, hat der Sammlungen eine neue Anzahl gebracht, von den Uniformknöpfen bis zu den schwarz-weiß-roten Briefbeschwerern. Weinetwegen auch da sind, freimüßig oder unfreimüßig, Beiträge zur Historie des Ungeheueren. Es gab ja seit langem schon Sammlungen von Geschmacksverirrungen. (Für die man freilich allein schon die ganzen Stadteile, in dem ich wohne, einbringen müßte, um sie zu vervollständigen.) Die Sammlungen von im Krieg ausgegebenen Reisegeldscheinen enthalten zum Teil außerordentlich schöne Stücke, zumal die vieler lübbeliger Städte.

Auch der Gedanke solcher Sammlungen ist oft: gehören doch die Sammlungen von Münzen und Schaufäden von je zu den wertvollsten unter allen, nicht nur aus dem nominalen Wertes willen, den sie verkörpern. Einer einzigen Sammlung von Kriegsarbeiten freilich bin ich nirgends begegnet. Es gibt wohl viele Käuze, aber der Raub hat sich nicht finden lassen, der seine Prot-, Kleid- und andere „Marxen“ gleich Briefmarken in — ein Album geklebt hätte

Sachen und dem freilich Anhalt statt, zu der Bürgerausübung der Stadt Magdeburg einladen hatte. Es hatten dazu die Preisprüfungsstellen der Städte Ballenstedt, Queblinburg, Ermelsleben, Halberstadt, Hettstedt, Horn, Jülichburg, Bernburg, Bernsdorf, Sangerhausen, Veroboldshaus, Raabe, Thale, Alten, Bura, Götzen, Könnern und Halle zum Teil mehrere Vertreter entsandt.

Stadt Ratmann Magdeburgs sprach über den Zweck der Vermittlung. Der Bürgerausschuß Magdeburgs hatte an die Preisprüfungsstellen eine Eingabe gerichtet, die auf den Preis für Brot für ein Jahr im Magdeburger Gebiet eines größeren Bezirkes vorläufig. Dieser Antrag wurde stattgegeben. Bei dem geplanten Abbau sollen sämtliche Lebensmittel in Betracht gezogen werden. Der Referent betonte dann die durch die Zwangsverpflichtung hervorgerufenen Schwierigkeiten, die besonders bei der Fleischversorgung in ein Gesichtspunkt treten. Praktisch ist die Zwangsverpflichtung schon aufgehoben. Namentlich liegen die Verhältnisse bei der Kartoffelbewirtschaftung. Die Stadt Magdeburg hat die Fruchtbarkeitsbeschlagnahme, obwohl ein zweigeb. Himmel sich darstellt, sondern aber veranlaßt unter der Hand. Die Stadt Magdeburgs wird noch keine Kartoffeln verteilen. Der Referent kritisierte dann noch die Verhältnisse bei den Winterkartoffeln, beim Getreide, bei der Butter und beim Ölöl und Gemüße. In Magdeburg ist man bei dem Abbau der Preise schon zu einem praktischen Ergebnis gekommen. Preise für Getreide, Fleisch, Milch, Eier und Säuglingen niedrigeren Grenzen bewegen wie die Preise in den meisten anderen Städten.

An das Referat schloß sich eine lange Aussprache, an der sich besonders die Vertreter von Queblinburg, Halberstadt, Köthen, Schöneberg, Ballenstedt, Bernburg, Halle und Sangerhausen beteiligten. Man war teilweise für den sämtlichen Fortfall der Zwangsverpflichtung, außer Brot und Milch, teilweise für einen langjähigen Abbau. Allgemein war man der Ansicht, daß bei dem Abbau der Preise bei den Erzeugern der Anstand zu machen ist. Die Stadt Magdeburgs wird noch keine herab, daß bei der Befreiung der Richtpreise die örtlichen Verhältnisse berücksichtigt werden müssen. Von allen Köthern wurde der Wunsch ausgedrückt, eine Zentralstelle zu schaffen, der die einzelnen Städte wöchentlich die ermittelten Preise für Getreide, Fleisch, Milch, Eier und Säuglingen mitzutun. Es wurde darum ein Antrag auf Gründung einer Zentralstelle, der vorläufiger Sitz in Magdeburg sein solle, einstimmig angenommen. Die Zentralstelle soll mit Erzeugern und Säuglingen verhandeln, Richtpreise aufstellen, und sie an die angegliederten Stellen weitergeben. Wo besondere örtliche Verhältnisse über die Herabsetzung der Preise im einzelnen bestehen, sollen die Sachverhalte festgestellt, soll die Zentralstelle, die zunächst von der Preisprüfungsstelle der Stadt Magdeburgs mit demotiviert wird, beauftragt werden.

### 100 Prozent Dividende der Salzhering-Einfuhrfirmen.

Die Salzhering-Einfuhr-Gesellschaft m. b. H. und die Arbeitsgemeinschaft deutscher Salzheringimporteure haben eine einseitige Preisuntergrenze beschlossen. Die Salzhering-Einfuhr-Gesellschaft m. b. H. hat die Preisuntergrenze unter Aufsicht dieser Gesellschaft und des Reichskommissars für Heringimporteure gestützt. Die Gesellschaften werden dabei erzielten Gewinne, worin u. a. ausgeführt wird: Der Durchschnittspreis der Salzhering-Einfuhr-Gesellschaft m. b. H. ist demgegenüber die Preisuntergrenze bestimmt und alle über die Preisuntergrenze hinausgehenden Gewinne fließen an die Arbeitsgemeinschaft und damit an das Reich zurück. Auf der Preisuntergrenze von 2 Millionen Mark erzielte die Salzhering-Einfuhr-Gesellschaft im Geschäftsjahre 1919 den verhältnismäßig geringen Gewinn von 135 Proz. = 270 000 Mark bei einer Einnahme von umgerechnet 20 Millionen Mark aus Zinsen und Zinsen, also auf das Bestehende vierfache. Die Arbeitsgemeinschaft deutscher Salzheringimporteure besteht nur ein kleines, lediglich für interne Betriebszwecke in der nicht kapitalmäßig zu besitzenden Salzhering-Einfuhr-Gesellschaft. Die Arbeitsgemeinschaft deutscher Salzheringimporteure besteht aus den Mitgliedern der Salzhering-Einfuhr-Gesellschaft m. b. H., die die Preisuntergrenze erparierte und als Gewinn ausgeschüttete Summe von ungefähr 6 000 000 Mark ergibt, 3,33 Mill. für das eingeleitete Fab. Um diesen Betrag wurde also durch die Arbeitsgemeinschaft deutscher Salzheringimporteure durchschnittlich fast das Doppelte mehrer Salzheringimporteure durchschnitlich betragt die Verteilung des von dem Verbraucher zu zahlenden Preises durch die Gewinne der Salzhering-Einfuhr-Gesellschaft und der Arbeitsgemeinschaft deutscher Salzheringimporteure einen halben Pfennig für einen Pfennig unter Erbe (das Fab. durchschnitlich 650 Stück gerechnet).

Ein vierter Pfund Einmadsender mehr. Ueber die Erhöhung der Einmadsenderzahl von uns die betreffende Berliner Meldung durch das hiesige WZB. in solcher Form übermitteln. Die Einmadsenderzahl ist Pfund Zucker, sondern zu dem bereits versprochenen 2 Pfund nur noch ein vierter Pfund.

## Provinzial-Nachrichten.

(1) **Wolke, 5. August. (Preisabbau.)** In der jüngsten Sitzung der Preisprüfungsstelle stellte der Vorsitzende Dr. Tag einen eins. einmadrigen Fall zur Erörterung. Die Beschlüsse der Regierung eines hiesigen Schlossmeisters über 721 Mark für die Unterhaltung eines Denkmals für den besagten Schlossherrn, weil die Geschäftsstellen mit 80 v. H. und der Gewinn außerdem noch mit 20 v. H. angesetzt worden waren. Um eine sichere Unterlage für die weitere Verhandlung zu erlangen, sandte Dr. Tag die Rechnung zur Prüfung an die Preisprüfungsstelle, worauf der überraschende Befehl kam, daß die Geschäftsstellen von 80 v. H. auf 50 v. H. herabgesetzt werden sollten. Der Gewinn wurde nicht eingeleitet worden sein, daß die Schlusssumme von 721 auf über 800 Mill. erhöht werden müßte. Obwohl der Meister selbst erklärte, daß die Rechnung nicht so aufgestellt war, wie er sie aufgestellt hat, wurde er dennoch beauftragt, die Rechnung so zu stellen, wie er sie aufgestellt hat, und die Rechnung so zu stellen, wie er sie aufgestellt hat, und die Rechnung so zu stellen, wie er sie aufgestellt hat.

(2) **Wienburg, 5. August. (Zwei Arbeiter von der Transmision gestirren.)** Ein Unfall ereignete sich auf den Märkischen Suerbroschhof-Werken. Zwei Arbeiter, der Tomalla, wurden an unerklärlicher Weise durch die Transmision, Tomalla wurde beide Oberarme und beide Beine bis an die Kniegelenke abgerissen. Tomalla wurde von sechs Kindern, wurde der linke Vorderarm abgerissen und der linke Fuß schwer verletzt. Der Tod erfolgte die beiden Opfer.

(3) **Trebbin, 5. August. (Selbstmord eines Diebes.)** Ein Dieb, der sich in der ersten Hälfte des Jahres 1919 ein Verbrechen angedreht hat, hat sich am 5. August in Trebbin erschossen. Der Dieb hatte sich 3 Wochen gegen den Ort gehalten. Da nun das Geld aus war, hat der Mann seine Brust mit einem

sch. sein erschossen. Der Selbstmörder ist ein gewisser Wotticher aus Büchelberg.

(4) **Milch, 5. August. (Der neue Bagermeister.)** Am Sonntag fand die Bagermeisterwahl statt. Von der Bürgerpartei war der aus dem bestetzten Gebiet betriebene Bürgermeister Stadmann aus Egin (der eine 14jährige Dienstzeit hinter sich hat), von der Arbeiterpartei der Arbeiterführer, früherer Schlichtermeister Schröder aus Egin zur Wahl empfohlen. Gewählt wurde Schröder mit 720 Stimmen, Stadmann erhielt 574 Stimmen.

(5) **St. Augustiner, 5. August. (Zusatzschwermere Worte.)** hat der humorvolle Schultheiß einer Nachbargemeinde Gröden als am Dorkeingang auf einem Platz andrängen lassen: „Mitteilung! Verkünder! Kurios! Grüne u. blaue u. andere in das Gesicht zu tun.“ Die Schultheißen werden die Sprache des Schultheißen verstehen.

(6) **Tempe, (St. Gihon), 5. August. (Ein Streit mit tödlichem Ausgange.)** ereignete sich hier in der Nähe. Klempnermeister, die im Walde zwischen der Tempe und der Barmerde beide Ingert, erzielten im Streit. Dabei führte sich der Korbmacher Wilhelm Deumer aus Heubaldsleben, an der Korbmacher Adolf Wierck aus Altterlingen und leitete ihn durch Beschläge. Deumer wurde verletzt und in das Gefängnis nach Ballerleben gebracht.

(7) **Greis, 5. August. (Der Genuß von Giftpilzen.)** hat hier der Tod einer jungen Ehefrau herbeigeführt, die sich in Abwesenheit ihres Mannes selbsttötend Schwämme überreicht, die sie abesetzt und die Früchte davon getrunken hatte. Nach dem dem Genuß stellte sich heftiges Unwohlsein ein, das zum Tode führte. Es hatte eine Veredelung des Champignons mit dem hart giftigen Knollenblätterpilz stattgefunden.

(8) **Streuweh, 5. August. (Ausstellungen beim Landarbeitersstreik.)** Im Dalkhof (Kreis Wolfenbützel) hat es am Dienstag zwischen freitenden und arbeitswilligen Landarbeitern zu Zusammenstößen gekommen. 80 Arbeiter, die zum Teil mit Knütteln bewaffnet waren, verurteilten die Arbeitswilligen mit Gewalt an der Arbeit zu verhindern. Hierbei kam es zu einem Handgemach. Ein Arbeiter wurde blutig angeschlagen. Auch in Uebere (am Südpolendamm) rotteten sich etwa 50 Arbeiter zusammen. Die Arbeitswilligen wurden vom Freie verjagt und mißhandelt. — Aus verschiedenen Orten liegen Nachrichten über die Wiederaufnahme der Arbeit vor.

## Letzte Depeschen.

Telegraphischer Spezialdienst der „Saale-Zeitung“.

### Ententepressalien wegen der Kontrolle der Uelauersbüge.

**Berlin, 5. August. (Eigene Drahtnachricht.)** Die aus Erfurt berichtet wird, fordert die Entente wegen der angeführten Uelauersbüge, daß die Kontrollmission in Gefangen und der Oberhauersbüge aus dem Dienst entlassen werden. Jede Stunde der Verpöpfung, die infolge der Kontrolle entstanden ist, fordert die Entente die Verpöpfung von einer Konventionallstrafe von achttausendtausend Mark, und droht, bei Wiederholung derartiger Zwischenfälle die gesamte Stappensbreite von Uelauersbüge bis Oberhauersbüge militärisch zu besetzen.

### Viel Lärm um nichts.

**Berlin, 5. August. (Eigene Drahtnachricht.)** Der Flagenwischenfall in Berlin ist, wie man uns amünder Zeile mitteilt, Gegenstand eines Rotenwischenfalls zwischen der französischen Volkspartei und der deutschen Regierung. Letzterer hofft Mittel und Wege zu finden, die aus der Flagenwischenfall entstandene Spannung im Sinne der Völkerverständigung zu erledigen.

### Der Hofe Amers-Schreck.

**Berlin, 5. August. (Eig. Drahtnachricht.)** Erklärungen der Reichsbehörden bei den höchsten zugehörigen Regierungsposten, über die in den letzten Tagen aufgestandene Gerüchte einer vorübergehenden Abreise des Kaisers nach Uelauersbüge, daß diese Gerüchte nicht der Wahrheit entsprechen und daß es sich lediglich um 15 bis 18 jährige Jungen handelt, und zwar in geringer Anzahl, die Sportübungen veranstalteten. Ebenso teilte der Oberpräsident von Stettin mit, daß sich dort keinerlei Organisation bei den Kommunisten und Unabhängigen durch Durchführung des Räteplans gebildet habe.

### Rückkehr der polnischen Waffenstillstandskommission.

**Warschau, 5. August. (Eigene Drahtnachricht.)** Die polnische Waffenstillstandskommission ist endlich gestern über Varanowitz in Warschau eingetroffen. Unterstaatssekretär Dr. Wrubelski begab sich sofort zum Bispersprecher Dognast, dem er ausführlich über den Verlauf der Verhandlungen mit den Russen Bericht erstattete. Darauf fand eine Sitzung des Ministerrates statt, an der sich auch Mitglieder der Waffenstillstandskommission beteiligten. Ueber das Ergebnis dieser Sitzung ist nichts bekannt geworden. Nachmittags trat Johann der Rat für nationale Verteidigung unter dem Vorhitz des Staatschefs Wludski zusammen. Gegenstand der Beratungen war die Antwort der polnischen Regierung auf die Vor schläge der Sowjetregierung.

(9) **Warschau, 5. August. (Eigene Drahtnachricht.)** Die „Times“ meldet aus Warschau, daß die polnische Regierung in Sonderfriedensverhandlungen mit Rußland nicht einwilligen wolle.

### Englische Rüstungen.

**W.B. London, 5. August. „Daily Graphic“** glaubt zu wissen, Army Council stelle, um für jeden Fall gerüstet zu sein, zwei vollständige Divisionen zusammen. Die Rüste der verschiedenen Einheiten besitzenden Offiziere (siehe fest. Alle Vortreffungen für Truppentransporte, Verpflegung und Schießbedarf seien getroffen. Gewisse Verpflichtungen, die die Verwertungsfälle der Kriegsvoorträge übernehmen habe, seien rückgängig gemacht worden, um die Verpflegung zu sichern.

### Polnisch-rumänische Freundschaft.

**Basel, 5. August. (Eigene Drahtnachricht.)** Nach einer Meldung des „Echo de Paris“ hat die rumänische Regierung dem bedrängten Polen als einziger Nachbarstaat eine Truppenunterstützung versprochen. Dagegen haben sich die Verhandlungen zwischen Jugoslawien und Polen, wie zwischen Ungarn und Polen, zerfallen. Aus Belgrad berichtet man, daß sämtliche jugoslawischen Militärkräfte gegen ein neues Abenteuer und gegen eine Intervention gegen Serbien abgewendet werden sollen.

